

Ein säkularer Staat braucht alle Bürger

In der Diskussion um den politischen Islam steckt kein Pauschalverdacht, aber eine Forderung. Von Ulrich Körtner und Jan-Heiner Tück

Den Islam gibt es nicht. Es gibt in pluralistischen Gesellschaften des Westens agnostische, liberale, konservative und extremistische Muslime, die unterschiedliche Haltungen zum liberalen Rechtsstaat einnehmen. Problematisch wird es, wenn unter Berufung auf religiöse Überzeugungen eine Umgestaltung der politischen Ordnung angestrebt wird. Der Begriff «politischer Islam», der für solche Bestrebungen gerne bemüht wird, ist unscharf, auch deshalb, weil das vorausgesetzte Verständnis des Politischen klärungsbedürftig ist.

In der Politikwissenschaft differenziert man die institutionell-rechtliche Ordnung (englisch «polity»), die politischen Ziele und Inhalte («policy») und die politische Entscheidungsfindung («politics»). Die heutige Sozialphilosophie unterscheidet überdies zwischen der Politik und dem Politischen. Für diese Unterscheidung hat sich der Begriff der politischen Differenz eingebürgert. Während Politik im engeren Sinne des Wortes als Teilsystem der modernen Gesellschaft neben Recht, Wirtschaft, Wissenschaft, Religion oder Kultur definiert wird, ist das Politische im weiteren Sinne nicht auf das System der Politik beschränkt.

Religion ist nicht einfach in die Privatsphäre zu verbannen, wie es jüngst Kacem El Ghazzali in der NZZ gefordert hat (NZZ 20. 11. 20). Religion kennt öffentliche Ausdrucksformen, das ist im Sinne der Religionsausübungsfreiheit auch gesetzlich garantiert. Kirchen, Synagogen und Moscheen sind der architektonische Ausdruck dieses Öffentlichkeitsbezugs von Religion. Auch gibt es das caritative Engagement der Religionsgemeinschaften: Krankenhäuser, Pflegeheime, Armen- und Obdachlosenhilfe – Einrichtungen, ohne die die soziale Temperatur in der Gesellschaft absänke. Schliesslich gibt es religiöse Bildungsangebote, die immer auch das Politische tangieren und so lange unproblematisch sind, als sie die Unterscheidung zwischen geistlicher und säkularer Sphäre respektieren. Allerdings muss Religion zuerst einmal Religion sein, bevor sie politisch wird. Auch Kirche muss, um Kirche für andere zu sein, zunächst einmal Kirche sein.

Der reformorientierte islamische Theologe Mouhanad Khorchide und namhafte Islamwissenschaftler verwenden die Bezeichnung «politischer Islam» für «eine Herrschaftsideologie, die die Umgestaltung beziehungsweise Beeinflussung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen anstrebt, die von deren Verfechtern als islamisch angesehen werden, die aber im Widerspruch zu den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und den Menschenrechten stehen». So ist der Begriff im wissenschaftlichen Diskurs etabliert und nicht zu verwechseln mit der politischen Teilhabe oder dem gesellschaftlichen Engagement von Muslimen.

Letzteres halten manche für eine bedrohliche Vision. In Teilen der Gesellschaft geht die Angst vor einer schleichenden Islamisierung um. Gleichzeitig verliert das Christentum in Europa seine prägende Kraft, obwohl es noch immer selbstverständlich ist, dass sich die Kirchen, die Caritas und die Diakonie zu gesellschaftlichen und politischen Fragen kritisch zu Wort melden.

Öffentliche Theologie

Solche Interventionen sind Ausdruck einer öffentlichen Theologie. Diese reflektiert kritisch auf die aktuelle Relevanz des Christentums und partizipiert so am gesellschaftlichen Diskurs, in dem eine plurale, säkulare Gesellschaft sich über die eigene Identität, ihre Krisen, Ziele und Aufgaben verständigt. Vergleichbares fehlt bis anhin auf islamischer Seite weitgehend. In Österreich beispielsweise beteiligt sich die Islamische Glaubensgemeinschaft zwar an gemeinsamen Initiativen der Religionsgemeinschaften zum Klimaschutz oder gegen Antisemitismus. Im Übrigen aber gewinnt man den Eindruck, dass die offizielle Vertretung der Muslime stark mit sich selbst und dem Bild des Islam



Kirchen, Synagogen und Moscheen sind der architektonische Ausdruck des Öffentlichkeitsbezugs von Religion.

FREDERIC PETRY / HANS LUCAS

in der Öffentlichkeit beschäftigt ist. An den gesellschaftlichen Debatten etwa im Bereich der Medizinethik und der Biopolitik ist sie bis jetzt kaum beteiligt. Das mag auch daran liegen, dass ein nicht geringer Teil der in den Moschee-Gemeinden tätigen Imame die Integration in die Mehrheitsgesellschaft ablehnt, wie eine Forschergruppe der Universität Wien in einer Studie 2015 aufgezeigt hat.

Dem Kaiser, was des Kaisers ist

Es wäre höchst wünschenswert, wenn in Europa neben christlichen und jüdischen Stimmen auch eine islamische Form von öffentlicher Theologie entstünde, eingebettet in den akademischen Diskurs und zugleich verankert in der islamischen Community. Das hat mit Islamisierung nichts zu tun, vielmehr geht es darum, dass sich in einer pluralistischen Gesellschaft die verschiedenen Religionsgemeinschaften am politischen Diskurs beteiligen sollten, weil auch ein säkularer Staat auf das Engagement aller seiner Bürger angewiesen ist.

Eine lernbereite und selbstkritische christliche Theologie räumt gerne ein, dass das Christentum lange gebraucht hat, um eine plurale Gesellschaft und einen säkularen Staat anzuerkennen. Gewiss ist das Wort des Evangeliums im kollektiven Gedächtnis der Christen immer präsent gewesen: «Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.» Auch der Ausspruch Jesu «Mein Reich ist nicht von dieser Welt» markiert einen Vorbehalt gegen religiös legitimierte Politik.

Gleichwohl hat das Christentum wie alle Religion eine politische Dimension. Das zeigen die Predigt Jesu vom Reich Gottes und die Bitte des Vaterunsers um das Kommen der Gottesherrschaft. Das Evangelium ist aber weder politisches Programm noch Grundgesetz für den weltlichen Staat. Seit der konstantinischen Wende, erst recht aber seit der Etablierung des Christentums als Staatsreligion unter Theodosius im Jahr 380 n. Chr. ist es zu Symbiosen zwischen Religion und Politik gekommen, die Andersgläubige und Andersdenkende ausgegrenzt haben. Bedeutende Kirchenväter wie Ambrosius und Augustinus haben Gewalt gegen Ketzer gerechtfertigt. Die Geschichte des Anti-

judaismus, die viele Facetten aufweist, kann als der dunkle Schatten christlicher Staatsreligion betrachtet werden. Der Investiturstreit im 11. Jahrhundert, das Wormser Konkordat von 1122, aber auch Luthers Zwei-Reiche-Lehre sind Schrittmacher auf dem Weg zur modernen Trennung von Staat und Kirche gewesen. Katholische Staatsformen, die es in Spanien und Portugal, aber auch im österreichischen Ständestaat bis ins 20. Jahrhundert hinein gegeben hat, sind ebenso Ausdruck einer problematischen Synthese von Religion und Politik wie das deutsche Kaiserreich und die Konzeption des landesfürstlichen Kirchenregiments im Protestantismus.

Der moderne freiheitlich-säkulare Rechtsstaat, der Religions- und Gewissensfreiheit für alle gesetzlich garantiert, musste selbst gegen den oft erbitterten Widerstand der Kirchen durchgesetzt werden. Das Recht der Wahrheit wurde auf die Anerkennung der Personwürde und entsprechender Freiheitsrechte umgestellt. Der Rechtsrahmen einer säkularen Freiheitsordnung ist seitdem der Raum, in dem sich religiöse Überzeugungen plural entfalten können.

Von traditionalistischen Randgruppen abgesehen, die dem Konzept des katholischen Staates bis heute nachtrauern, ist es für die katholische Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil selbstverständlich geworden, den Staat und seine säkulare Rechtsordnung anzuerkennen. Analoges gilt für den Protestantismus.

Im Islam und in seinen unterschiedlichen Spielformen sieht das Bild anders aus. Gewiss gibt es moderate Stimmen, die einen demokratiekompatiblen Islam vertreten. Mit der Etablierung von Instituten für islamische Theologie an den deutschen Universitäten ist die Hoffnung verbunden, diese Richtung in der Ausbildung von Imamen und Lehrkräften zu stärken. Aber es gibt auch gegenläufige Kräfte, die nicht zu unterschätzen sind.

Unter dem Begriff «politischer Islam» werden ideologische Spielformen des Islam anvisiert, die – offen oder verdeckt – Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats unterwandern. Gerade Predigten durch Imame, die Bildungsangebote von Moschee-Vereinen sowie der islamische Religionsunterricht sind hier genauer in den Blick zu nehmen. Sie dürfen nicht zu Orten der religiösen Radikalisierung

werden. Neben dem gewaltbereiten Jihadismus, der global vernetzt ist und die Aufmerksamkeit der Medien dominiert, und neben dem Salafismus, der ein fundamentalistisches Deutungsmonopol für den «wahren» Islam erhebt, gibt es auch legalistische Formen des politischen Islam, die zumeist unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung bleiben. Sie versuchen die Spielräume des demokratischen Rechtsstaats auszunutzen, um gezielt ihr Ideengut zu verbreiten.

Erobern ohne Schwert

Die Muslimbruderschaft und andere Organisationen, die oft auf finanzielle Ressourcen aus islamischen Staaten zurückgreifen, streben offen an, eine Scharia-konforme Gesellschaftsordnung zu etablieren. Wer das als Übertreibung abwiegelt, möge folgende Äusserung von Yusuf al-Qaradawi, einem Vordenker der Muslimbruderschaft, zur Kenntnis nehmen: «Ich erwarte, dass der Islam Europa erobern wird, ohne zum Schwert oder zum Kampf greifen zu müssen – mittels Dawa [Ruf zum Islam, Mission] und durch die Ideologie.» Die Aktivitäten dieser Organisationen werden öffentlich wenig thematisiert. Aber in der Bevölkerung gibt es ein diffuses Unbehagen. 57 Prozent der Deutschen finden den Islam nach einer im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung durchgeführten Umfrage von 2015 «bedrohlich». Ängste behindern die Integration. Daher sollten um einer gelingenden Integration willen die Probleme sensibel, aber klar angesprochen werden.

Der Islamophobie-Vorwurf oder die Kritik, man stelle die Muslime pauschal unter Generalverdacht, wenn man die problematischen Seiten des politischen Islam beim Namen nenne, sind wenig hilfreich. Das Verschleiern von Schwierigkeiten war noch nie eine effiziente Problemlösungsstrategie. Je mehr Muslime den freiheitlich-säkularen Rechtsstaat anerkennen, umso tragfähiger werden die Allianzen für Frieden, Verständigung und Gerechtigkeit in der Gesellschaft sein.

Ulrich Körtner ist Professor für systematische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Jan-Heiner Tück ist Professor am Institut für Systematische Theologie der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien.

Für die katholische Kirche ist es selbstverständlich geworden, den Staat und seine säkulare Rechtsordnung anzuerkennen. Analoges gilt für den Protestantismus.